

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christian Wirth, Dr. Dirk Spaniel,
Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10569 –**

Mögliche Maßnahmen gegen Bundesbeamte mit einer Mitgliedschaft in der AfD

Vorbemerkung der Bundesregierung

Zur Beantwortung der Kleinen Anfrage wurde eine Abfrage der Ressorts und der nachgeordneten Behörden des Bundes durchgeführt.

Die Fragestellung zu den Fragen 1 bis 4 werden so verstanden, dass sich diese auf die Bundesministerien einschließlich des nachgeordneten Geschäftsbereichs und die Fragen 5 bis 7 auf die Bundesministerien ohne den nachgeordneten Geschäftsbereich beziehen.

1. Ist in Bundesbehörden im Verantwortungsbereich der Bundesregierung seitens befasster Stellen oder durch Vorgesetzte bei Mitarbeitern die Mitgliedschaft in politischen Parteien allgemein oder speziell der AfD oder die Mitgliedschaft in der Jungen Alternative (JA) abgefragt worden (wenn ja, bitte nach Datum, Land, Behörde und Mitgliedschaft aufgliedern)?

Durchlaufen Mitarbeiter eine Sicherheitsüberprüfung, werden diese gemäß § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 15 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (SÜG) nach Beziehungen zu verfassungsfeindlichen Organisationen gefragt. Zu den wichtigsten verfassungsfeindlichen Bestrebungen werden die Betroffenen auf die Verfassungsschutzberichte des Bundesministeriums des Innern und für Heimat verwiesen.

Außerhalb der Sicherheitsüberprüfungen sind der Bundesregierung keine Abfragen im Sinne der Fragestellung bekannt.

2. Sind ggf. stattfindende oder stattgefunden habende derartige Abfragen innerhalb der hierarchischen Behördenstruktur des Bundes im Verantwortungsbereich der Bundesregierung gegenüber nachgeordneten Behörden und Stellen veranlasst worden, und wenn ja, wann, und durch welche Behörden, und gegenüber welchen Behörden und Stellen in welchen Ländern?

3. Sind in Bundesbehörden im Verantwortungsbereich der Bundesregierung seitens befasster Stellen oder durch Vorgesetzte Mitarbeiter aufgefordert worden, bekannt gewordene Mitgliedschaften von Kollegen in der AfD oder der JA zu melden, und wenn ja, wann, in welchen Behörden, in welchen Ländern?
4. Sind innerhalb der hierarchischen Behördenstruktur des Bundes im Verantwortungsbereich der Bundesregierung, insbesondere im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Aufforderungen an nachgeordnete Stellen und Behörden ergangen, gegen Mitarbeiter Disziplinarverfahren zu eröffnen, von denen eine Mitgliedschaft in der AfD oder der JA bekannt geworden ist, und wenn ja, wann, in welchen Behörden, in welchen Ländern?

Die Fragen 2 bis 4 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung sind keine Abfragen bzw. Aufforderungen im Sinne der Fragestellungen bekannt.

5. Sind gegen Bundesbeamte der Bundesregierung oder Soldaten im Zusammenhang mit ihrer Mitgliedschaft in der AfD oder JA Disziplinarverfahren eingeleitet worden (wenn ja, gegen wie viele, bitte Fallzahlen nach Jahren, Mitgliedschaft, Behörden und Ländern auflgliedern)?
6. Sind Bundesbeamte der Bundesregierung oder Soldaten im Zusammenhang mit ihrer Mitgliedschaft in der AfD oder JA aus dem Dienst entfernt worden (wenn ja, wie viele; bitte Fallzahlen nach Jahren, Mitgliedschaft, Behörden und Ländern auflgliedern)?
7. Sind gegen Bundesbeamte der Bundesregierung oder Soldaten im Zusammenhang mit ihrer Mitgliedschaft in der AfD oder JA Disziplinarmaßnahmen unterhalb der Schwelle der Entfernung aus dem Dienst verhängt worden (wenn ja, gegen wie viele; bitte Fallzahlen nach Jahren, Mitgliedschaft, Art der Maßnahme, Behörden und Ländern auflgliedern)?

Die Fragen 5 bis 7 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung sind keine Verfahren bzw. Maßnahmen im Sinne der Fragestellungen bekannt.